

Viel Lärm um **nichts** Zwei Jahre rot-grüne Forschungspolitik

Vorgelegt am 5. September vom Bundes-
fachausschuss Forschung und Innovation

INHALT

Stagnation bei den
Bildungs- und
Forschungsausgaben
SEITE 3

Konzeptionslosigkeit
in der Forschungs- und
Technologiepolitik
SEITE 5

Rot-Grün bleibt
innovationsfeindlich
SEITE 8

Die Forderungen der CDU
SEITE 11

„Die Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung ist ideen- und farblos. Es werden im Wesentlichen die alten Programme und die von der früheren CDU-geführten Bundesregierung entwickelten Instrumente (Leitprojekte, Aufbau von Kompetenzzentren, Wettbewerbe) fortgeführt. Dies ist nicht falsch, insbesondere die Fortführung der verstärkten Förderung von Informations- und Biotechnologie ist richtig. Dies aber nur dann, wenn diese Technologien nicht gleichzeitig durch innovationsfeindliches Handeln behindert werden. Genau dies tut aber die Bundesregierung derzeit.“

Kurzgefasste Negativbilanz der Forschungs- und Technologiepolitik des Bundesforschungs- und des Bundeswissenschaftsministeriums:

- Von der versprochenen Verdopplung der Bildungs- und Forschungsausgaben fehlt jede Spur.
- Es gibt kein übergeordnetes Konzept der Forschungs- und Technologiepolitik der Regierung Schröder. Die Forschungs- und Technologiepolitik ist zwischen den Ressorts des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Wirtschaft aufgeteilt. Eine Abstimmung der Ressorts findet nicht statt.
- Es gibt keine neuen Ideen und Vorschläge zur zukünftigen Gestaltung der Forschungspolitik.
- Eine Verknüpfung zwischen monetären Maßnahmen und Rahmenbedingungen findet nicht statt.
- Statt Verwaltungsvereinfachung und Straffung der Programme nehmen Bürokratie und Programmanzahl zu.
- Aus Berichten, wie dem Stand der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands oder den Evaluierungen von Forschungseinrichtungen, werden keine Konsequenzen gezogen, eine zukunftsfähige Neuorientierung der deutschen Forschungslandschaft ist nicht in Sicht.
- Die Ressorts beschäftigen sich ausschließlich mit ihren Programmen, sie geben keine übergeordneten Innovationsimpulse. Eine Leitfigur für Wissenschaft und Forschung in der Bundesregierung fehlt.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in der Forschungspolitik enorm viel angekündigt, letztlich aber davon wenig gehalten. Ihre Halbzeitbilanz lautet: „Viel Lärm um nichts“. Die Versprechungen waren vollmundig. Forschung und Wissenschaft sollten eine Schlüsselrolle in der Politik der rot-grünen Bundesregierung spielen und die Ausgaben im Zukunfts- und Forschungsbereich um Milliarden erhöht werden.

Tatsächlich geht in der Forschungspolitik der rot-grünen Bundesregierung nichts voran. Im krassen Widerspruch zu den vollmundigen Ankündigungen steht das Schnecken-tempo der realen Forschungspolitik der Regierung Schröder.

Stagnation bei den Bildungs- und Forschungsaufgaben

Versprochen war die Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in fünf Jahren. Das wäre allein bezogen auf den Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (alter Zuschnitt) ein Zuwachs von 3 Mrd. DM pro Jahr gewesen. Davon ist nichts zu sehen.

Im Übrigen muss darauf hingewiesen werden, dass fast 70% der deutschen Forschungsausgaben im Wirtschaftssektor erfolgen. Dieser Anteil wird stark von den allgemeinen Rahmenbedingungen beeinflusst. Dazu zählen Genehmigungsverfahren, arbeitsrechtliche Vorschriften etc. Hier

„Wir werden die Investitionen in Forschung und Bildung in den nächsten fünf Jahre verdoppeln.“

Gerhard Schröder,
Regierungserklärung 10. 11. 1998

stehen die Weichen trotz anderer Verbalbekenntnisse der Bundesregierung nicht auf Grün.

Kaum erkennbarer Aufwärtstrend bei den Wissenschaftsausgaben

Die Bundesaussgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur entwickeln sich nach der geltenden Finanzplanung vom September 1999 (BT-Drucksache 14/1401 S. 16) wie folgt (in Mrd. DM):

	IST		SOLL			
Jahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Gesamt	19,1	20,3	20,0	20,0	20,0	20,2
ohne Kultur	16,6	17,5	17,2	17,3	17,4	17,5

Der Begriff Wissenschaftsausgaben ist in der Bundesregierung unterschiedlich definiert. Der ausgewiesene Zuwachs von 1998 auf 1999 von 900 Mio. DM beruht auf einem fragwürdigen Ist-Soll-Vergleich und ist insofern ohne Aussagekraft. Auf jeden Fall lässt sich ablesen, dass in den folgenden Jahren nach der Finanzplanung die Wissenschaftsausgaben (Soll) in etwa auf diesem Niveau verharren. Von Zukunftsmilliarden kann also keine Rede sein.

Hin und Her im Bildungs- und Forschungshaushalt

Betrachtet man lediglich den Bundeshaushalt für Bildung und Forschung, so ergibt sich ein ähnliches Bild. Nach den im Juni 2000 von Bundesministerin Bulmahn vorgelegten Zahlen hat der Haushalt 1999 mit knapp 14,7 Mrd. DM abgeschlossen, das heißt mit einem Plus von weniger als 500 Mio. DM gegenüber dem Abschluss 1998 (14,2 Mrd. DM). Der Haushalt 2000 wies dann jedoch zusammen mit der

aufgelegten globalen Minderausgabe ein Minus von rund einer halben Milliarde DM aus. Der im Juli 2000 vorgelegte Haushaltsentwurf für 2001 sieht wieder eine Steigerung um 780 Millionen DM vor. So folgen Kürzungen und Erhöhungen ohne klare Richtung aufeinander.

Bei der ins Bundeswirtschaftsministerium ausgelagerten Technologieförderung sieht es nicht besser aus:

Die Projektförderung Forschung und Entwicklung des Bundeswirtschaftsministeriums setzt sich wie folgt zusammen (in Mio. DM): ▼

	SOLL 1999	SOLL 2000	SOLL 2001
Projektförderung			
- BTU-Innovationsmodelle	56	60	88
- Multimedia	36	47	53
- FuE Kooperation, Futour, Innovationskompetenz	272	262	280
- IT-Anwendungen	18	25	
- Netzwerke	9	9	13
- FuE in den neuen Bundesländern	300	255	225
- Technische Infrastruktur	5		
- Luftfahrtforschung	130	99	77
- Energieforschung	300	280	255
Summe:	1103	1030	1021

Die formale Erhöhung des BMBF-Haushaltes im Soll-Ansatz für 2001 um 5,3 % kommt kaum dem Forschungsbereich zugute. Sie ist vor allen Dingen bedingt von dem eingestellten Geld für die versprochene, aber noch nicht auf die Schiene gesetzte BAföG-Reform sowie für den Hochschulbereich.

Sollte der Bildungs- und Forschungshaushalt über die schon im Entwurf vom Juli 2000 eingestellten Mittel für die BAföG-Reform hinaus noch Mittel aus den UMTS-Milliarden zugewiesen erhalten, so wäre dies nicht mehr als ein Mitnahmegewinn, eine punktuelle Maßnahme, aber keine nachhaltige Verbesserung der Finanzausstattung des Forschungsbereichs.

Abnehmende Projektförderung im Haushalt für Wirtschaft und Technologie

Die Projektförderung in der Forschung des BMWi nimmt nach dem Regierungsentwurf 2001 weiter ab.

Insgesamt betragen die Forschungsausgaben des Bundeswirtschaftsministeriums nach dem Haushaltsentwurf 1,26 Mrd. DM. Im Vergleich dazu belaufen sich die im selben Haushalt ausgewiesenen direkten Subventionen für die Steinkohle im Jahr 2001 auf 7,36 Mrd. DM.

Kürzungen in wichtigen Bereichen

Wichtige Bereiche der Forschungsförderung sowohl des Bundesforschungs- wie des Bundeswirtschaftsministeriums werden 2001 gekürzt oder stagnieren:

■ Die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung erfährt seit Anfang dieser Legislaturperiode keine Steigerung mehr (153 Mio. DM).

■ Die Erforschung von Produktionssystemen- und Technologien stagniert ebenfalls (120 Mio. DM).

■ Entgegen den Absprachen wird sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung nicht wie vorgesehen mit 1,03 Mrd. DM am ESA-Programm beteiligen. Im Haushalt 2001 wurden für den Beitrag zur Europäischen Raumfahrtagentur 10 Mio. DM weniger eingestellt.

■ Die Mobilitäts- und Verkehrsforschung wird stark gekürzt. Betrug sie 1999 noch fast 150 Mio. DM, werden es 2001 lediglich noch 115 Mio. DM sein. Und dies, obwohl die Sicherung der Mobilität und die Verkehrssicherheit zwei ganz herausragende Anforderungen unserer modernen Gesellschaft sind.

■ Die Aufwendungen für die Luftfahrtforschung reduzieren sich von 130 Mio. DM 1999 auf 77 Mio. DM 2001.

■ Die Projektförderung in der Energieforschung geht von 300 Mio. DM 1999 auf 255 Mio. DM 2001 zurück, obwohl Deutschland nach dem Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie kein Energiekonzept hat.

Konzeptionslosigkeit in der Forschungs- und Technologiepolitik der rot-grünen Bundesregierung

Keine neuen Ideen und Konzeptionen

Die Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung ist ideen- und farblos. Es werden im Wesentlichen die alten Programme und die von der früheren CDU-geführten Bundesregierung entwickelten Instrumente (Leitprojekte, Aufbau von Kompetenzzentren, Wettbewerbe) fortgeführt. Dies ist nicht falsch, insbesondere die Fortführung der verstärkten Förderung von Informations- und Biotechnologie ist richtig. Dies aber nur dann, wenn diese Technologien nicht gleichzeitig

durch innovationsfeindliches Handeln behindert werden. Genau dies tut aber die Bundesregierung derzeit.

Über das hinaus, was bereits beim Regierungswechsel in die richtige Bahn geleitet war, gibt es keine neuen Initiativen. Neue Ideen fehlen ganz. Wichtig wäre zum Beispiel, sich in die Diskussion um die Neuausrichtung der europäischen Forschungspolitik einzuschalten, die gerade auf EU-Ebene geführt wird. Hierzu gibt es keine Beiträge der Regierung Schröder.

Die Politik des Bundesministerium für Bildung und Forschung beschränkt sich auf:

■ Fortführung der Leitprojekte aus der Zeit von Bundesminister Rüttgers

■ Fortsetzung des BioRegio-Programms mit neuen Überschriften (BioChance, BioProfile),

■ Fortsetzung der Programme Mikrosystemtechnik, Produktion etc.

■ Auflage des InnoRegio-Wettbewerbs

■ Vorlage des noch von der Vorgängerregierung in Auftrag gegebenen Berichtes „Technologische Leistungsfähigkeit“ im Januar 2000

■ Aufstockungen der Mittel vor allem für die Info- und Biotechnologie

■ Fortführung der Aktion „Schulen ans Netz“ unter neuer Bezeichnung „Laptop für alle Schüler“.

Die Technologiepolitik des Bundeswirtschaftsministeriums besteht im Wesentlichen aus:

■ drei indirekten Programmen: Innonet, ProInno und Futour. ProInno und Innonet sind neue Programme nach dem Muster Zulagenförderung, Futour, ein Programm zur Gründungsfinanzierung, wird fortgeführt.

■ Luftfahrtforschung mit abnehmenden Förderbeträgen und ohne Einbettung in ein Verkehrskonzept oder einen zeitlichen Rahmen.

■ Aktionen zur Informationstechnik mit zahllosen Kleininitiativen und einer Vielzahl von Einzelaktivitäten ohne Gesamtkonzeption,

■ Projektförderung der Energieforschung, wovon ein Großteil Subventionsmaßnahmen im Anwendungsbereich sind und keine Forschungsförderung (100.000 Solardächer-Programm).

Fehlgeschlagene Aufspaltung der Forschungsförderung

Die Aufspaltung der Forschungspolitik zwischen dem Forschungs- und Wirtschaftsministerium ist ein Fehlschlag. Eine Gesamtkonzeption in der Forschungspolitik fehlt, es gibt kein übergreifendes Konzept und keine Koordinierung. Jeder der beiden Minister macht, was er will.

Beispiel Energieforschung: Die wesentlichen Projektmittel der Energieforschung vergibt das Bundeswirtschaftsministerium, während das Bundesministerium für Bildung und Forschung über die Wirtschaftspläne die Kontrolle über die Einrichtungen der Energieforschung hat. Eine abgestimmte Konzeption in der Energieforschung gibt es nicht und auch keine Einbettung in ein Energiekonzept.

Die Energieforschung des Bundeswirtschaftsministeriums besteht vor allen Dingen aus einem Förderprogramm für regenerative Energien, das weniger wirkliche Forschungsmaßnahmen als vielmehr Anwendungssubventionen (100.000 Solardächer-Programm) enthält (207 Mio. DM), sowie aus der Sicherheitsforschung für die Kerntechnik (45 Mio. DM). Gleichzeitig ist immer noch das vierte Programm Energieforschung der früheren CDU-geführten Bundesregierung in Kraft. Die Kernfusionsforschung hat keinerlei Anbindung an die Energieforschung. Auch die Fördermaßnahmen des Bundeswirtschaftsministeriums

zur Stimulierung der Nachfrage nach Solarenergie sind nicht systematisch in das Energieforschungsprogramm eingebettet.

Einstellung des innovationspolitischen Dialogs

Damit die Entwicklung Deutschlands zum High-Tech-Land gelingt, müssen alle Kräfte gebündelt werden. Es gilt, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu verbessern und gleichzeitig den gesellschaftlichen Dialog über neue Technologien zu führen. Zwar hatte die Regierung Schröder einen forschungspolitischen Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und weiteren relevanten gesellschaftlichen Akteuren angekündigt, das Gegenteil hat sie jedoch getan. Sie hat den außerordentlich erfolgreichen Rat für Forschung, Technologie und Innovation der früheren CDU-geführten Bundesregierung, der zukunftsweisende Konzepte zur Informationsgesellschaft und zur Biotechnologie erarbeitet sowie Strategien für den globalen Wettbewerb vorgelegt hat, abgeschafft. Trotz zahlreicher Bündnisrunden und Runder Tische fehlt ein Dialogforum für Forschung und Innovation.

Zunehmende Bürokratie in der Forschungsförderung

„Die Forschungsförderung soll entbürokratisiert werden.“

Koalitionsvereinbarung 1998

Entgegen den Ankündigungen der Koalitionsvereinbarung nimmt der Verwaltungsaufwand der Forschungsförderung zu. Statt die Programme zu straffen, wird ihre Zahl ständig vermehrt.

Für insgesamt rund 4 Mrd. DM Projektfördermittel des Bundes in der zivilen Forschung werden rund 2000 Personen im Staats-

sektor direkt eingesetzt. Es gibt rund 50 verschiedene Forschungsprogramme des Bundes. Bei Stagnation der Fördermittel wurde ihre Zahl von 1998 auf 1999 um rund 8 % erhöht.

Neuordnung der Forschungslandschaft lässt auf sich warten

Die deutsche Forschung braucht mehr Internationalität, mehr Interdisziplinarität und mehr Flexibilität. Die Neuordnung der deutschen Forschungslandschaft kommt jedoch nicht voran. Obwohl es inzwischen längst Empfehlungen unabhängiger Evaluierungskommissionen zum deutschen Forschungssystem und zu fast allen Forschungsinstitutionen, MPG, FhG, DFG und Universitäten, gibt, ist noch nichts geschehen.

Das einzige Projekt, die Fusion zwischen Fraunhofer-Gesellschaft und GMD, ist umstritten und zudem falsch begonnen worden. Es ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Fast ein Jahr nach seiner Ankündigung in der Presse hängt das Projekt völlig in der Luft. Die Mitarbeiter der Forschungsinstitutionen sind verunsichert, es gibt kein schlüssiges Konzept. Vor allen Dingen ist nach wie vor unklar, wie die Grundlagenforschung im Bereich der Informationstechnologie nach der Fusion gesichert werden soll.

Dienstrechtsreform zur Stärkung von Forschung und Lehre an den Hochschulen hängt im Schacht

Auch die versprochene und dringend benötigte Reform des Dienstrechts für Hochschullehrer ist nicht in Sicht. Fast ein Jahr hat Rot-Grün gebraucht, um eine Expertenkommission einzusetzen. Deren Empfehlungen liegen nun seit April 2000 vor, sind jedoch in Fachkreisen, z.B. bei der Hochschulrektorenkonferenz, auf Kritik gestoßen. Die Bundesministerin schweigt und vertröstet die Akteu-

re auf einen Gesetzentwurf, den sie frühestens im Sommer 2001 vorlegen will.

Flickschusterei statt Konzepte zur Überwindung des Fachkräftemangels in High-Tech-Bereichen

Deutschland hat im Vergleich zu anderen Industrienationen nach dem neuesten OECD-Bildungsbericht ein Drittel weniger Ingenieure und Informatiker. Das Problem ist mit Zutun rot-grüner Politik entstanden: Vernachlässigung des naturwissenschaftlichen Unterrichts, Schließung von Informatikabteilungen an den Universitäten, wie 1996 in Niedersachsen an der Universität Hildesheim unter dem damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder geschehen, sowie Schüren von Technikfeindlichkeit.

Kanzler Schröder reagiert mit Symptombekämpfung. Ein strategisches Konzept zur Überwindung des Fachkräftemangels in High-Tech-Bereichen gibt es nicht. Die Green Card Schröders bleibt Flickschusterei. Das Problem wird durch sie nicht gelöst.

Die Green Card ist

- nicht erfolgreich. Das Interesse seitens der deutschen Industrie wie seitens ausländischer Fachkräfte ist gering.
- zu schmal auf den Bereich Computerfachkräfte zugeschnitten,
- nicht flexibel genug im Hinblick auf Aufenthaltsfristen, Branchen und Kontingente,
- überflüssig, denn die Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen und Thüringen haben inzwischen mit der sogenannten Blue Card den Nachweis erbracht, dass eine Vereinfachung des ausländerbehördlichen Verfahrens auch auf der Grundlage des bisherigen Rechts sogar flexibler möglich ist.
- ein Ablenkungsmanöver zur Verschleppung der eigentlichen Herausforderung: einer umfassenden Bildungs- und Ausbildungsoffensive.

Rot-Grün bleibt innovationsfeindlich

Rot-grüne Politik bleibt innovationsfeindlich. Die Forschungsministerin Edelgard Bulmahn hat es in keiner Weise geschafft, bei großen innovationspolitischen Themen die Diskussion zu bestimmen. Sie lässt sich das Heft des Handelns aus der Hand nehmen von ihren Kabinettskollegen, die im Bremserhäuschen sitzen. So fällt eine innovationsfeindliche Entscheidung nach der anderen. Die rot-grüne Politik hat im Gesamturteil den Rückwärtsgang für Deutschland eingelegt.

Aus für den Transrapid

Nach mehr als 30 Jahren Planungs- und Entwicklungszeit kam Anfang des Jahres 2000 das Aus für den Transrapid. Die Anwendungsstrecke Hamburg-Berlin wird nicht gebaut. Damit verspielen wir unseren weltweiten Entwicklungsvorsprung in der Magnetschwebetechnik und unsere Exportchancen auf dem Weltmarkt. Alle bisherigen Entwicklungskosten sind in den Sand gesetzt. Die angebliche Suche nach einer kostengünstigen alternativen Anwendungsstrecke ist eine Farce. Zum einen kann der Transrapid auf Kurzstrecken seine Vorzüge nicht zur Geltung bringen, zum anderen ist dann, wenn die Planungen für eine Alternativstrecke abgeschlossen wären, der Zug in Richtung Zukunft längst abgefahren. Während die Anwendungsstrecke Hamburg-Berlin schon im Jahr 2005 fertig geworden wäre, könnten Alternativstrecken erst im nächsten Jahrzehnt realisiert werden. Das ist das faktische Aus der Magnetschwebetechnik in Deutschland.

Ausstieg aus der Kernforschung

Kurzsichtig und schädlich ist der im Zuge des rot-grünen Atomkonsenses angekündig-

te Rückzug des Staates aus der Kernforschung. Der Ausstieg beraubt Deutschland eines Teils seiner technologischen Möglichkeiten und seiner internationalen Handlungsfähigkeit.

Zum einen ist es das Aus der weltweit anerkannten sicherheitstechnischen Führungsrolle in Fragen der Kernkraft - und dies, obwohl gerade Entwicklungs- und Schwellenländer sich in Zukunft zur Deckung ihrer wachsenden Energienachfrage verstärkt der Kernenergie bedienen werden und sicherheitstechnische Beratung brauchen. Der kerntechnischen Sicherheit wäre am ehesten gedient, wenn Deutschland mit seinem weltweit anerkannt hohen Know-How und seinen hohen Sicherheitsstandards Exportland nuklearer Dienstleistungen bleiben würde und dazu beitragen könnte, dass beispielsweise ältere Reaktoren russischer Bauart schnellstmöglich nach unseren Sicherheitsstandards aufgerüstet werden. Es ist nach den Diskussionen um die Atomenergie und den Ausstieg kein Wunder, dass schon jetzt die deutschen Sicherheitsfachleute knapp werden.

Zum zweiten entzieht sich der Staat mit dem Rückzug aus der Kernforschung ein Stück weit seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Grundlagenforschung für eine nachhaltige Energieversorgung der Zukunft. Denn zu einer nachhaltigen Strategie gehört eindeutig auch die Kernenergie als preiswerte, langfristig krisensichere und umweltschonende Energie. Statt einen Ausstieg vorzubereiten, müsste die Forschungspolitik vielmehr bereits heute neue Ziele definieren und Antworten auf die Frage finden, wie wir den bewährten Energiemix den veränderten Anforderungen und den neuen Technologien anpassen können. Aus diesen Zielen heraus könnten anspruchsvolle Projekte für junge Ingenieure und Wissenschaftler entstehen. Der Rückzug aus der Kernforschung ist wie der

Ausstieg aus der Kernenergie einfalls- und konzeptionslos.

Keinerlei Anbindung an die übrige Energieforschung hat bei Rot-Grün die Kernfusion. Beim Startschuss für das weltweit größte Forschungsvorhaben zur Kernfusion, den Forschungsreaktor Wendelstein 7 X, der bis zum Jahr 2006 in Greifswald gebaut werden soll, gab sich Bundeskanzler Schröder aufgeschlossen.

Er betonte, dass die Fusions-Wissenschaftler des Max-Planck-Institutes für Plasmaphysik "mit ihren Arbeiten die langfristige Option auf diese Zukunftsenergie offen halten". Gleichzeitig sprechen die Grünen von einer Fehlinvestition, die man einzig und allein wegen der weit fortgeschrittenen Investitionen durch die alte CDU-geführte Bundesregierung nicht mehr hätte abbrechen können. "Deshalb konnte die rot-grüne Bundesregierung diesen forschungs- und energiepolitischen Grundfehler der alten Bundesregierung nicht mehr beheben", Hans-Josef Fell MdB, Die Grünen. Dies bestätigt nochmals, dass zukunftssträchtige Projekte der Kernenergieforschung von Rot-Grün nicht auf die Schiene gesetzt werden.

Bremung bei Garching II

Der neue Garchinger Forschungsreaktor FRM II ist weitgehend fertiggestellt. Das Projekt hat etwa 810 Mio. DM gekostet. Der neue Reaktor wird neben dem Hochflussreaktor in Grenoble der leistungsfähigste Forschungsreaktor und, gemessen an seinem Fluss-/Leistungsverhältnis, der weltweit mit Abstand führende Forschungsreaktor sein. Er ist ein vom Wissenschaftsrat empfohlenes Großforschungsgerät von nationaler Bedeutung und internationalem Rang. Seine Inbetriebnahme ist dringend, da der FRM bereits seinen Betrieb eingestellt hat und derzeit weder für Wissenschaft noch für Medizin eine Neutronen-

quelle zur Verfügung steht. Noch steht jedoch die dritte Teilgenehmigung aus.

Die bayerische Landesregierung hat die Bundesregierung aufgefordert, die Betriebsgenehmigung so rasch als möglich zu erteilen. Umweltminister Jürgen Trittin, für den Ideologie stets über Sachargumenten steht, sitzt jedoch im Bremserhäuschen. Trittin hat ein Team aus Hessen um sich, das sich zur Aufgabe gemacht hat, möglichst viele Stolpersteine in den Weg zu werfen. Von der Forschungsministerin Bulmahn, der zur Sicherung der Spitzenforschung in Deutschland an der schnellen Genehmigung von FRM II gelegen sein müsste, ist weit und breit nichts zu sehen.

Verunsicherung bei der Gentechnik

Die Gentechnik ist zweifellos eine der wichtigsten Schlüsseltechnologien. In Deutschland hängen schon heute 12 500 Arbeitsplätze von der Gen- und Biotechnologie ab. Fachleute rechnen damit, dass in Zukunft jedes zweite neu zugelassene Arzneimittel mit Hilfe der Gentechnik hergestellt wird. Rund 50 gentechnisch hergestellte Medikamente sind in Deutschland bereits zugelassen. Produziert werden davon allerdings nur die wenigsten im Inland. Für die Welternährung und die Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion hat die grüne Gentechnik enorme Bedeutung. Sie eröffnet aber auch Anbaualternativen, denn die gentechnisch gezüchteten Pflanzen sind zum Teil Lieferanten von wertvollen natürlichen Rohstoffen und von Arzneimittelwirkstoffen. 1999 wurden weltweit auf fast 40 Mio. Hektar gentechnisch gezüchtete Pflanzen angebaut.

Nach der Entschlüsselung des menschlichen Genoms und einer zunehmenden Zahl pflanzlicher und tierischer Genome geht die Gen- und Biotechnologie in eine neue Phase. Der Schwerpunkt Gen- bzw. Genomfor-

schung ist richtig, doch die Forschungsförderung muss auch von Fortschritten in der Anwendung begleitet werden. Dies sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Forschungsförderung nützt nichts, wenn sie durch eine innovationsfeindliche Politik begleitet wird, wie dies zur Zeit passiert. Die offiziellen Ankündigungen der Regierung Schröder, der Biotechnologie auch in der Landwirtschaft vorbehaltlos zu begünstigen, lassen sich nicht vereinbaren mit ihrer realen Politik. Rot-Grün setzt sich über wissenschaftliche Voten hinweg. So hat das Bundesgesundheitsministerium das Robert-Koch-Institut angewiesen, die 1997 bereits erteilte gentechnikrechtliche Anbaugenehmigung für den BT-Mais der Firma Novartis ruhen zu lassen. Damit hat das Ministerium das Votum des zuständigen Sachverständigen-Gremiums der ZKBS, welche die Bundesregierung in allen sicherheitsrelevanten Fragen der Gentechnik zu beraten hat, völlig ignoriert. Zudem will Rot-Grün mit der Aufforderung an Unternehmen, vorerst auf den kommerziellen Anbau von bereits zugelassenen und somit genehmigten gentechnisch gezüchteten Pflanzen zu verzichten, ein Anbaumoratorium realisieren. Gentechnisch gezüchtete Sorten sollen nur im Rahmen eines Forschungs- und Beobachtungsprogramms angepflanzt werden dürfen. Mit einer solchen Politik wird eine diffuse Angst geschürt und das Vertrauen in wissenschaftliches Urteil und festgelegte Zulassungsverfahren untergraben. Ebenso wird das Vertrauen von Biotechnologie-Unternehmen in den Standort Deutschland erschüttert, weil sie keine verlässlichen Rahmenbedingungen und damit keine Rechts- und Planungssicherheit haben. Die positive Entwicklung bei den Existenzgründungen und Firmenansiedlungen im Biotech-Bereich könnte abbrechen.

Erhöhung der Patentgebühren

Ziel einer vernünftigen Innovationspolitik muss es sein, dass jedes wirtschaftlich nutzbare Forschungsergebnis in Deutschland unbürokratisch zum Patent angemeldet werden kann und möglichst viele Erfindungen kommerziell genutzt werden. Statt deshalb die Patentgebühren zu senken, wie es das Europäische Patentamt und die großen Patentämter in den USA und Japan in jüngster Zeit gemacht haben, erhöhte die Regierung Schröder zum 1. Januar 2000 die Gebühren des Deutschen Patent- und Markenamtes sowie des Bundespatentgerichts um durchschnittlich 15 Prozent. Dadurch sollen jährlich zusätzlich 48 Millionen DM bei den Tüftlern und Erfindern eingetrieben werden. Vor diesem Hintergrund klingen die rot-grünen Schlagworte von "Innovation und Gerechtigkeit", die vor der Wahl verkündet wurden, wie Hohn. Die massive Gebührenerhöhung trifft Einzelerfinder sowie kleine und mittelständische Unternehmen besonders hart. Potentielle Patentanmelder in Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden ebenfalls abgeschreckt. Für die Gebührenerhöhung in Höhe von 48 Millionen DM gibt es auch keine sachliche Begründung. Das Deutsche Patentamt weist nämlich jährlich steigende Jahresüberschüsse auf. Allein 1997 waren es 58 Millionen und 1998 ganze 63 Millionen DM. Die Erhöhung der Patentgebühren bringt diese in die Nähe einer "Patentsteuer". Damit werden kommerzielle Nutzung und das Entstehen von Arbeitsplätzen aus guten Erfindungen untergraben.

Patente von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Daher ist die Gebührenpolitik der rot-grünen Bundesregierung total verfehlt.

Die CDU fordert einen klaren Aufbruch in der Forschungs- und Innovationspolitik, eine Bündelung der Aktivitäten und deren konsequente Umsetzung

Wir wollen:

■ **eine nachhaltige Finanzausstattung des Forschungsbereichs.** Wir fordern "Wort halten". Die Bundesregierung muss ihrer eigenen Ankündigung, Investitionen in Bildung und Forschung in den nächsten fünf Jahren zu verdoppeln, gerecht werden. Zugleich müssten mehr private Gelder in den Forschungsbereich gelenkt werden. Dafür muss z.B. die halbherzig erfolgte Stiftungsreform weiter vorangetrieben werden. Ziel muss es sein, dass Deutschland 3% des Bruttoinlandproduktes für den Forschungssektor ausgibt.

■ **eine Leitfigur für Forschung und Innovation.** Es reicht nicht, dass Minister sich in ihren Ressortdetails verlieren. Forschung und Innovation brauchen einen Anwalt, der darüber hinaus auf innovationsfreundliche Entscheidungen der Bundesregierung insgesamt dringt und Innovationsthemen kompetent in der Öffentlichkeit besetzt.

■ **die Bündelung und Abstimmung der Forschungs- und Innovationspolitik.** Die atomisierten und zersplitterten Einzelmaßnahmen müssen gebündelt werden. In der Bio- und Gentechnik müssen Rahmenbedingungen und Forschungsförderung zu einer konsistenten Politik zusammengeführt werden. Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft ist ein strategisches Konzept für das Internet vorrangig. Eine abgestimmte Energieforschung ist angesichts des Fehlens eines zukunftsfähigen Energiekonzeptes notwendiger denn je. Die unsachgemäße Aufteilung der Forschungsförderung zwischen den Bundesministern Bulmahn und Müller muss rückgängig gemacht werden

und die Programme der EU, des Bundesforschungsministeriums, des Bundeswirtschaftsministeriums und der Länder müssen in einen Guss gebracht werden.

■ **die Neuordnung der Forschungslandschaft.** Unser Forschungslandschaft muss zukunftsfähig gemacht werden, die Forschungsinstitute brauchen mehr Freiraum, mehr Flexibilität, mehr Interdisziplinarität und mehr Internationalität. Die Universitäten müssen gestärkt werden. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und unabhängiger Evaluierungskommissionen müssen endlich umgesetzt werden. Besonders wichtig sind:

- ▶ die Befristung der Lebensdauer von künftig einzurichtenden Forschungsinstituten. Neue Forschungseinrichtungen sollten nur noch auf Zeit und mit klarem Auftrag eingerichtet werden. Sie sollten vorrangig im Verbund zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Hochschulen organisiert und an den Hochschulen angesiedelt werden.
- ▶ die wissenschaftsstrategischen Elemente der DFG auszubauen,
- ▶ der Ausbau der Wettbewerbselemente bei der Fördermittelvergabe,
- ▶ der Rückzug des Staates aus der Detailsteuerung von Wissenschaft und Forschung,
- ▶ strikte Erfolgskontrolle und kontinuierliche Evaluierung,
- ▶ die Internationalisierung der deutschen Forschung. Das heißt für die Fraunhofer-Gesellschaft in erster Linie: das Fraunhofer-Modell im Ausland bekannt zu machen und dort Institute zu gründen. Das

heißt für die Max-Planck-Gesellschaft und die Universitäten: hervorragende ausländische Wissenschaftler anzuwerben, ein internationales Marketing zu betreiben und an möglichst vielen internationalen Kooperationen teilzunehmen.

■ **die Weiterentwicklung der europäischen Forschungspolitik hin zu einem europäischen Forschungs- und Innovationskonzept.** Es gilt, die Forschungsförderung über die Rahmenprogramme neu zu bestimmen durch Trennung der Verantwortung für Programmdefinitionen und -durchführung, durch Neuorganisation des Gutachterwesens und stärkere Vernetzungen der deutschen Forschungsförderungspolitik mit der europäischen.

■ **eine innovationsfreundliche Politik:** Das heißt: in unserem Land entwickelte und zur Praxisreife gebrachte Techniken anzuwenden. Der Transrapid gehört auf die Magnetschiene und nicht ins Museum. Das heißt: Entscheidungen, wie z.B. zum Aufbau von gentechnisch gezüchteten Pflanzensorten, am wissenschaftlichen Urteil und nicht an ideologischen Vorstellungen zu orientieren. Einen Fall wie das willkürliche Eingreifen der Bundesgesundheitsministerin bei der Genehmigung des BT-Maises darf es in Zukunft nicht mehr geben. Und das heißt auch: den naturwissenschaftlichen Unterricht an Deutschlands Schulen zu stärken.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,— DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.